

## NATO, Europäische Union und der Zerfall im Osten

---

Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, Studium der Politischen Wissenschaften, Philosophie, Japanologie und Volkswirtschaftslehre in Köln und Bonn, ist freier Journalist. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zuletzt: „Asiens strategisches Dreieck“, in: Europäische Sicherheit 12/93.

Mit der Jahreswende 1993/94 verbreiteten sich Unruhe, dunkle Vorahnungen und offenes Zögern in der Weltpolitik. Krisenstimmung und Uneinigkeit, was diese Krise ist und wie sie zu lösen sei, beherrschten die Szenerie. Deutliche Signale in Situationen der Unsicherheit hatte man bislang von der amerikanischen Supermacht empfangen, aber selbst von dort kamen bloß Widersprüchlichkeiten. Alles rede nun von Schirinowski und Osteuropa, schrieb etwa der Pulitzer-Preisträger Jün Hoagland in einem exponierten Kommentar der „Washington Post“.<sup>1</sup> Die wirkliche Diskussion müsse sich jedoch um ein anderes Problem drehen: Könnten und wollten die USA noch ihre Führungsrolle in Europa spielen? Wenn nicht, sei nämlich Deutschland am Zuge. „Das ist ein Resultat, das Amerikas Politik nicht heraufbeschwören sollte.“<sup>2</sup>

Drei Umbrüche der Weltpolitik hatten sich zum Jahreswechsel 1993/94 in der allgemeinen Unruhe zugespielt:

1. *Machtvakuum.* Im Westen hatte sich eine tiefe Verstimmung angesichts der Fehlschläge der UNO-Aktionen in Bosnien, Somalia und Haiti aufgebaut. Immer deutlicher wurde über mangelnde Führungsstärke der Clinton-Administration geklagt. Insbesondere sah man das Konzept einer neuen Weltordnung mit der UNO als zentralen Friedenshüter bereits als gescheitert an. Ein Ersatz war nicht in Sicht.

2. *Prioritätenwechsel.* US-Außenminister Warren Christopher hatte in Washington dazu aufgerufen, daß sich die USA von ihrer überzogen „eurozentrischen Haltung“ lösen sollten. In Europa müsse man sich schließlich viel mehr Amerika-Schelte anhören als etwa im asiatisch-pazifischen Raum. „Westeuropa ist nicht mehr länger das wichtigste Gebiet der Welt.“<sup>3</sup> Vor dem US-Senat unterstrich er diese Losung mit der Erklärung, daß die „wirtschaftliche Sicherheit“ der Vereinigten Staaten der zukünftige Gradmesser ihrer außenpolitischen Prioritäten sein werde. „Kein Gebiet der Welt wird für die amerikanischen Interessen wichtiger sein als die Asien-Pazifik-Region.“<sup>4</sup>

---

1 Begleitkommentar zu Außenminister Christophers Präsentation der „Partnerschaft für den Frieden“; vgl. J. Hoagland, The Question Is Whether America Stays Preeminent, in: International Herald Tribune (IHT) vom 10.1.94.

2 Ebda.

3 Zit. n. A. Devroy/R. J. Smith, Clinton & Co. Takes Its Knocks From Hard Foreign Policy Lessons, IHT vom 18.10.93.

3. *Kursdifferenzen*. Obschon Präsident Bill Clinton auf seiner Europa-Reise im Januar 1994 keine Gelegenheit ausließ, die Fortsetzung des europäischen Engagements der USA zu unterstreichen, gestand er doch gravierende Meinungsverschiedenheiten zu: „Ich sage zu all jenen in Europa und den Vereinigten Staaten, die von uns einfach das Zeichnen einer neuen Trennungslinie weiter östlich in Europa wollen, daß wir nicht die Möglichkeit der besten Zukunft für Europa ausschließen sollten. Das ist Demokratie überall, Marktwirtschaft überall, und das sind Menschen, die überall für die gemeinsame Sicherheit zusammenarbeiten.“<sup>5</sup> Die Diskussion über das Zeichnen neuer Grenzen war durch die aktuelle Entwicklung im ehemals kommunistischen Machtbereich ausgelöst worden.

### Der Zerfall im Osten

Als der Warschauer Pakt zerbrochen war, schlossen sich Polen, Ungarn und die damalige CSFR im Februar 1991 in einem Städtchen namens Visegrád zu einem Dreierbund zusammen. In der Folgezeit drängten sie beharrlich auf die gemeinsame Integration in die NATO und die Europäische Gemeinschaft. Über „Assoziierungen“, die sich in regelmäßigen „Dialogen“ auf Minister- und Beamtenebene erschöpften, kamen sie lange nicht hinaus. So klagte schon am 4. Februar 1992 der polnische Staatspräsident Lech Walesa vor dem Europarat in Straßburg, daß sein Land sich zwischen einem auf sich konzentrierten Westen und einem sich verändernden Staatensystem der ehemaligen UdSSR eingezwängt fühle. Polen schau isoliert in eine Zukunft ohne Freunde, und die Menschen fragten sich schon, ob nicht die Rückkehr zu autoritären Staatsformen der bessere Weg sei.<sup>6</sup>

Immer lauter brodelte es im Osten Europas. Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtbereichs wurden alte Konflikte und neue Ängste freigelegt. In der CSFR konnte die Zerfallkrise im Herbst 1992 durch eine friedliche Teilung in die Tschechische Republik und die Slowakei entschärft werden. Der Banden- und Völkerkrieg auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien hingegen offenbarte mit Hunderttausenden von Toten und Millionen von Flüchtlingen immer deutlicher seine anarchische, unkontrollierbare Gestalt. Die „westliche Welt“, jene auf gemeinsame Wohlfahrtseffekte gegründete Gemeinschaft von Demokratie und Marktwirtschaft, enthüllte angesichts des allgemeinen Mordens auf dem Balkan das peinlichste aller Zugeständnisse in der Politik, das der Machtlosigkeit.

„Weltpolitik wird weiterhin charakterisiert durch den Kampf von politischen Einheiten um Macht, Prestige und Wohlstand, unter der Bedingung weltweiter Anarchie“<sup>7</sup>. Auf dem Balkan hätte man frühzeitig in diesen Kampf zwischen Serben, Kroaten und Muslimen eingreifen müssen. Allerdings ent-

4 W. Christopher, Rede vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senats in Washington, 4. 11. 93, dok. in: U. S. Policy Information and Texts (USPET) Nr. 113/93, S. 7.

5 B. Clinton, Ansprache vor einem internationalen Auditorium in Brüssel, 9.1. 94, ebda. Nr. 3/94, S. 5.

6 Vgl. Archiv der Gegenwart 1992, S. 36 445.

7 R. Gilpin, War and Change in World Politics, Cambridge u. a. 1981, S. 230.

zündete sich an dieser Vorstellung sogleich ein interner Kampf um Macht und Prestige, und deshalb schreckten einige zurück, aus Angst vor vielleicht noch Schlimmerem. Zum zweiten konnte man sich des militärischen Erfolgs keineswegs sicher sein und hätte bei einem tatsächlichen Sieg vor der Notwendigkeit eines jahrelangen Besatzungsregimes gestanden. Im Ergebnis kümmerte sich der Westen nur um fundamental eigene Interessen. Wie konnte man angesichts des Völkermords das Gesicht wahren, ohne Hunderttausende von Soldaten in ein Ungewisses Gefecht zu entsenden? Blauhelme und symbolische Aktionen waren eine schlechte, doch die scheinbar einzige Antwort.

Erst der Februar 1993 brachte neue Hoffnung für den zerstörten Balkan. Als die Weltmächte auf alle Kriegsparteien einwirkten und unter der Autorität der UNO ihre diplomatischen Bemühungen mit militärischer Gewalt (Androhung einer Bombardierung des serbischen Belagerungsringes um Sarajewo, Abschluß von vier serbischen Kampfflugzeugen über Travnik) unterstrichen, erfolgte das erste Einlenken von Serben, Moslems und Kroaten. Krisenstimmung war diesem neuen Kurs der Einmischung vorausgegangen.

Überall im Osten Europas, nicht nur im ehemaligen Jugoslawien, tanzten in den letzten Jahren plötzlich Gespenster auf ihren Gräbern. Nationalistische Töne schallten immer lauter durch Ungarn und Rumänien, Griechenland und die Slowakei. Auch die Post-Kommunisten konnten wieder erste Wahlerfolge in Polen und Ungarn verbuchen. Der Paukenschlag für den Westen folgte am 12. Dezember 1993. Die russischen Nationalisten konnten mit der LDP des Wladimir Schirinowski die stärkste Partei bei den russischen Parlamentswahlen stellen. Schirinowski, der mit seinen nationalpopulistischen Sprüchen über 23 Prozent der Stimmen geholt hatte, versorgte die Weltmedien mit den nötigen Sensationen: Polen wollte er mit Deutschland teilen, das Baltikum, die Ukraine und noch vieles mehr bis hinunter zum Indischen Ozean in den traditionellen Besitz des Zarenreichs zurückführen. Die russische Industrie könne saniert werden, würde man nur den Rüstungsexport wieder aufnehmen. Japan erinnerte er an Hiroshima. Bonn wurde nach Angeboten einer Entente die Aufstockung der bis Ende 1994 abzuziehenden russischen Truppen auf dem Boden der ehemaligen DDR angedroht. Schirinowski konferierte mit den Rechtsextremen mehrerer Länder, erfand zwischendurch die imaginäre Wunderwaffe „Elipton“ und kündigte sich zum Schluß als den kommenden starken Mann Rußlands an. Den alten und kranken Präsidenten Boris Jelzin könne man bald vergessen.

Die Anziehungskraft der Rhetorik eines Schirinowski erklärt sich aus den Fehlschlägen einer Wirtschaftsreform, die zu breiter Verarmung und Massenarbeitslosigkeit führt, ohne daß ein entsprechendes Netz der sozialen Absicherung aufgespannt worden wäre. Die Verarmung ernährt die politische Rechte, und diese ernährt Konflikt und Krieg. Der militante Völkerhaß entzündet sich an der Illusion bedrängter Massen, daß ein starker Nationalstaat den Ausweg aus den Produktionseinbrüchen und den tiefen Demütigungen ehemals so

„großer“ Reiche wie der Habsburg-Monarchie, Großrumäniens oder des zaristischen Rußlands weisen könnte.<sup>8</sup>

Ethnische Minderheiten dienen den Nationalisten dabei als Sündenböcke, und die Kriegsgefahr wird manifest, sobald sich Gefühle von äußerer Bedrohung und Isolation einstellen. Tatsächlich entzündete sich nach diesem Szenario auch die serbische Aggression in Bosnien an der Abspaltung Kroatiens und Sloweniens vom jugoslawischen Bundesstaat. Derlei Gefahren einer gewalttätigen Zersplitterung von Staaten, die aus der sozialen Verelendung und dem Gefühl der äußeren Bedrohung gespeist wird, lauern allenorts in Mittel- und Osteuropa. In den mittel- und osteuropäischen Staaten ist in den vergangenen vier Jahren das Volkseinkommen stärker gesunken als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1934. In genau diesem Zusammenhang verdichtet es sich zu einer historischen Analyse, wenn der Partisanen-Veteran Milovan Djilas räsoniert: „Serbien ist der erste faschistische Staat in Nachkriegseuropa.“<sup>9</sup> Slobodan Milosevic und Radovan Karadzic werden von einer breiten Mehrheit ihres Volkes getragen.

Der Absturz weiterer Völker in den faschistischen Wahn muß mit aller Kraft verhindert werden — bloß wie? Mancher mochte diese Kraft vermissen, als Präsident Clinton am 10. Januar 1994 vor dem NATO-Rat die Lage resümierte: „Die Bedrohung für uns ist jetzt nicht so sehr die von wachsenden Armeen, sondern mehr die von schleichender Instabilität. Die beste Strategie gegen diese Bedrohung ist, die ehemals kommunistischen Staaten in unsere Fabrik der liberalen Demokratie, der wirtschaftlichen Prosperität und der militärischen Zusammenarbeit zu integrieren (...)• Wenn wir unserer neuen Herausforderung nicht begegnen, dann werden wir mit größter Sicherheit irgendwann in der Zukunft aufs neue unseren alten Herausforderungen gegenüberstehen.“<sup>10</sup>

#### Die neue alte Herausforderung

„Wir haben Grund, in Europa einen neuen Alptraum in der Dunkelheit zu befürchten, wenn die Reform scheitert und die Reaktion einsetzt (...). Kurzum, Rußland steht vor einer Wahl. Und die von Rußland getroffene Wahl wird die Zukunft der NATO und der Partnerschaft für den Frieden gestalten“, trug Clintons neuer Verteidigungsminister, William Perry, Anfang Februar 1994 in München vor.<sup>11</sup> Mit ihrer Partnerschaft für den Frieden bietet die NATO allen mittel- und osteuropäischen Staaten an, sich durch militärische Zusammenarbeit langsam in das atlantische Bündnis hineinzuarbeiten. Diese Partnerschaft steht allen offen, auch Rußland. „Zur Zeit sind russische Armeen in Moldawien, Georgien, Aserbeidschan, Estland, Litauen und Tadschikistan, wo sie an einigen der lokalen Bürgerkriege mit einer Strategie teilnehmen, die dazu entworfen scheint, diese neuen Republiken - sie alle sind Mitglieder der

<sup>8</sup> Vgl. J. Snyder, Nationalism and the Crisis of the Post-Soviet State, in: Survival Nr. 1/93, S. 5-26.

<sup>9</sup> Zit. n. Der Spiegel Nr. 1/94, S. 102.

<sup>10</sup> USPIT Nr.4/94,S.3.

<sup>11</sup> Zit.n.IHTvom7.2.94.

Vereinten Nationen - ihre Unabhängigkeit bedauern zu lassen."<sup>12</sup> Scheinbar legitimiert durch eine mit dem Zarenreich seit dem 17. Jahrhundert aufgebaute Einflußsphäre, entwickelt sich Rußland kraft seiner militärischen Potenz wieder zu einer Vormacht im gesamten eurasischen Raum.

Auch die Reformer um Präsident Jelzin und seinem westfreundlichen Außenminister Andrej Kosyrew betrachten sich nicht als Verlierer des Kalten Krieges, sondern als legitime Erben der eurasischen Vormacht Rußland. Das Zentrum dieser Macht, die Streitkräfte, steht bislang geschlossen hinter der Regierungsgewalt, aber fordert die Wahrnehmung der russischen Interessen. Moskau wird nach der Implementierung des Vertrags über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa mehr Waffensysteme zurückbehalten als alle übrigen Staaten auf dem Boden der früheren Sowjetunion zusammen. Rußland wird eine atomare Supermacht bleiben und über 72 Prozent der früheren Produktionsstätten der sowjetischen Rüstungsindustrie verfügen.<sup>13</sup>

Rußlands Streitkräfte sind das verborgene Machtpotential hinter dem Kreml. Mit ihnen kann Jelzin vieles, gegen sie nichts erreichen. Nach dem Auseinanderbrechen des gemeinsamen GUS-Kommandos über die Streitkräfte der früheren UdSSR hat das Rußland des Boris Jelzin Mitte 1992 sogleich eine Allianz aus moskautreuen Republiken aufgebaut, die von den Grenzen Chinas bis hinauf nach Polen und zum Baltikum reicht. Zunächst wurde hierzu ein Beistandspakt mit den zentralasiatischen Republiken geschlossen, unter Ausnahme des vom Islam regierten Turkmenistan. In der gesamten Region wurde im Gegenzug die langfristige Stationierung von Zehntausenden russischer Soldaten gesichert. Wenige Wochen später wurde die asiatische Achse um den Nichtangriffsvertrag mit Weißrußland ergänzt, wobei die verabredete militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Minsk ebenfalls zur dauerhaften Truppenpräsenz Rußlands auf dem Boden des weit nach Westen vorgelagerten Nachbarstaates geführt hat.

In den Republiken des Kaukasus wiederum leisten die dort stationierten russischen Truppen seit zwei Jahren Schützenhilfe in allen ethnischen Auseinandersetzungen vor Ort: für Armenien gegen Aserbeidschan; zunächst für die abchasischen und südossetischen Rebellen in Georgien, was der georgische Präsident Eduard Schewardnadse sodann durch die Rückkehr zu russischer Freundschaft und garantierter Truppenpräsenz umkehren konnte; mit der 14. Armee in Moldawien zugunsten jener russischen Separatisten, welche die Trans-Djnestr-Region von Moldawien abspalten wollen. Überall drängt Rußland darauf, daß die überwiegend 1995 auslaufenden Pachtverträge für seine militärischen Stützpunkte im ehemals sowjetischen Gebiet dauerhaft verlängert werden; überwiegend ist dies bereits gelungen.

Präsident Jelzin residiert über ein militärisch-industrielles Machtpotential, das immer noch schätzungsweise 6,5 Prozent des Bruttosozialprodukts seines

---

12 H. Kissinger, Europe Needs a Strong NATO, Not Utopian Gimmicks, IHT vom 24.1. 94.

13 R. Allison, Military Forces in the Soviet Successor States, Adelphi Papers Nr. 280, October 1993, S. 14.

Landes schluckt, aber noch 1991 ein Zehntel der sowjetischen Wirtschaftskraft absorbierte. Innerhalb von zwei Jahren mußten Rußlands Streitkräfte einen militärisch-industriellen Substanzverlust von über 60 Prozent hinnehmen.<sup>14</sup> Diese radikale Demontage der Kräfte von Macht und Ordnung wurde mit dem Dezember 1993 gestoppt. „Für wen die Wähler auch gestimmt haben, sie waren sich in einem einig: Rußland braucht eine starke Macht. Rußland braucht Ordnung. Die Menschen sind über die Strukturlosigkeit der Macht irritiert“, wertete ein angeschlagener Boris Jelzin vor der Presse das Ergebnis der Moskauer Parlamentswahlen.<sup>15</sup>

„Macht und Ordnung“ lautet nicht nur die Losung Schirinowskis, sondern auch die Forderung der Streitkräfte. Die LDP des Großrussen soll nach Wahlanalysen von über 70 Prozent der Moskauer Elitetruppen, von 80 Prozent aller Unteroffiziere, von einem Drittel der höheren Dienstränge und von zwei Drittem der einfachen Soldaten gewählt worden sein.<sup>16</sup> Den Reformern wurde damit zum ersten Mal seit dem August-Coup 1991 der Rückhalt in den Streitkräften entzogen. Schirinowski hingegen berief in sein Schattenkabinett ostentativ mehrere führende Vertreter der Rüstungsindustrie,<sup>17</sup> die in der Ära des Leonid Breschnew zum wichtigsten Hartdevisenbringer der Sowjetunion aufgestiegen war. Jelzin konnte dieses Warnsignal nicht überhören.

Spätestens im Juni 1996 wird in Rußland ein neuer Präsident gewählt, der nach der neuen Verfassung umfassende Vollmachten hat, um am Parlament vorbeizuregieren und die Sicherheitskräfte einzusetzen. Wollen die Reformer den Thron nicht an die Kräfte der alten Ordnung abtreten, müssen sie nicht nur das verlorene Vertrauen der Massen durch Sozialpolitik zurückgewinnen. Präsident Jelzin wird ebenso die Bedürfnisse seiner bewaffneten Macht nicht mehr aus den Augen verlieren können. Bewegt wie von Geisterhand, wird Jelzin den Großrussen spielen. Das Ende dieses Experiments ist offen.

Nach der neuen Militärdoktrin vom November 1993 haben die Streitkräfte umfangreiche Zuständigkeiten für die innere Sicherheit (Aufstands- und Mafiabekämpfung) erhalten, wurde ihnen der Schutz russischer Truppen im Ausland und die Aufrechterhaltung von „Stabilität“ in den Grenzregionen aufgetragen. Dabei soll ab 1996 die Entwicklung schneller Eingreiftruppen intensiviert werden. Die Unterdrückung von russischen Minderheiten und Angriffe auf die russischen Stützpunkte im Ausland wurden zweideutig als „militärische Gefahr“ deklariert.<sup>18</sup> Angesichts von über 25 Millionen Russen jenseits der Landesgrenzen und allerorts nach und nach festgeschriebener Truppenstationierung bedeutet diese Doktrin nichts anderes als den unver-

14 Vgl. S. Dager, World Military Expenditure, in: Stockholm International Peace Research Institute (Hg.), Yearbook 1993. World Armaments and Disarmament, Oxford 1993, S. 355,357.

15 Pressekonferenz, dok. in: Bundespresseamt (Hg.), Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland (FHS-A) Nr. 245/93, S. 2.

16 Nach Der Spiegel Nr. 52/93,8.111; Nr. 2/94, S. 113.

17 Vgl. ebda Nr. 2/94, S. 111.

18 „Grundbestimmungen der Militärdoktrin der Russischen Föderation“, verabschiedet vom Sicherheitsrat in Moskau, 2.11.93. Dok. in: FHS-A Nr. 223/93, S. 1-23.

hohlenen Anspruch der Streitkräfte, Ordnungsmacht im gesamten Gebiet der früheren Sowjetunion spielen zu können.

Kurz vor dem Jahreswechsel teilte Verteidigungsminister General Pawel Gratschow überraschend mit, daß die Streitkräfte nur noch in geringem Maße reduziert würden. „Die Experten sprechen sich dafür aus, daß der Armee mehr als zwei Millionen Menschen angehören sollen, und nicht anderthalb Millionen, wie es seinerzeit vom früheren Parlament des Landes festgelegt wurde.“<sup>19</sup> Währenddessen setzt sich in ganz Europa die Truppenreduzierung nach dem Ende des Kalten Kriegs noch fort. Im Januar 1994 schlug selbst der westfreundliche Außenminister Andrej Kosyrew großrussische Töne an. Vor Botschaftern und Offizieren in Moskau dozierte er, Rußland sollte seine militärische Präsenz auf dem früheren Unionsgebiet bewahren und sich „nicht aus Regionen zurückziehen, die seit Jahrhunderten zu seiner Einflußsphäre gehörten“.<sup>20</sup>

### Antworten

Der promovierte Slawist Strobe Talbott, zweiter Mann im State Department, hat schon immer in Begriffen einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen Washington und Moskau gedacht. Um so mehr zieht er heute gegen die Vorstellung zu Felde, daß „Totalitarismus und Autoritarismus in der russischen Seele genetisch programmiert sind“.<sup>21</sup> Eines Tages würden sich Rußland und seine Nachbarn verwandelt haben in „eine Gemeinschaft von wahrhaft modernen, demokratischen Staaten in Frieden miteinander, mit sich selbst und mit dem Rest der Welt“.<sup>22</sup> Außenminister Christopher propagierte diese Leseweise der „Partnerschaft für den Frieden“ schon im Mai 1993: „Keine Beziehung ist für die langfristige Sicherheit der Vereinigten Staaten wichtiger als unsere strategische Beziehung mit Rußland.“<sup>23</sup>

#### *Option 1: NATO und KSZE als transatlantische Systeme einer kollektiven Sicherheit*

Hier liegt die von Clinton erhoffte beste aller Welten. Die mittel- und osteuropäischen Staaten und Rußland würden sich in zunehmender Kooperation mit dem Westen einander in Demokratie und Marktwirtschaft soweit annähern, daß niemand mehr den anderen als feindliche Bedrohung empfindet. Rußland erhält dabei die Rolle einer Vormacht für die kleineren und wirtschaftlich abhängigen Republiken an seiner Peripherie zugesprochen. Für die Erfolgsaussicht einer solchen Entwicklung spricht etwa die Prognose einer langsamen Wirtschaftserholung in den Staaten Mittel- und Osteuropas, der Tiefpunkt scheint überschritten zu sein. Auch sind nach dem Zerfall Jugoslawiens keine neuen militärischen Konflikte in Europa ausgebrochen. Selbst die so häufig

---

19 P. Gratschow, Erklärung nach ITAR-TASS, 29.12. 93, FHS-A Nr. 249/93, S. 5.

20 Zit. n. Der Spiegel Nr. 4/94, S. 115.

21 Zit. n. M. EHiott, An Ice Cold Shower for a „Culture Man“, in: Newsweek (NW) vom 3.1.94, S. 13.

22 Ebda.

23 W. Christopher, Rede an der Universität von Minnesota, 27. 5. 93, USPIT Nr. 57/93, S. 4.

überforderte KSZE konnte mit der Vermittlung von Autonomierechten der russischen Minderheit in Estland erste Erfolge bei der Friedensstiftung auf dem Boden der früheren UdSSR feiern.

Dieser Prozeß einer friedlichen Annäherung zwischen West und Ost müßte auf einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren setzen, was für die Transformation von Rußland, Weißrußland und die Ukraine zu stabilen Demokratien für notwendig gehalten wird. Die NATO stellt sich dann für alle mittel- und osteuropäischen Staaten dar als „eine Organisation, für die sie hart arbeiten müssen, um drin zu sein“.<sup>24</sup> „Partnerschaft für den Frieden“ wird bei einer solchen Entwicklung zum Bluff, da die Stabilität im Osten von innen heraus geschaffen werden müßte, und Amerika wäre der von allen Seiten profitierende Makler dieses imaginären Prozesses. Washington würde seine globale Partnerschaft mit Rußland fortsetzen. Der gemeinsame Abschluß des Abkommens mit der Ukraine zum Abzug aller Atomwaffen auf das russische Gebiet hat die Klugheit dieser Strategie zunächst bestätigt. Washington würde nur gering belastet, und die NATO hätte alsbald für Europa nur noch die Rolle des „Talking-Shop“, wie der zur Zeit in der Außenpolitik mächtigste US-Kongreßabgeordnete bekräftigt hat: „Der Tag, an dem die NATO Rußland aufnimmt, wird der Tag sein, an dem die NATO nicht mehr länger gebraucht wird.“<sup>25</sup>

Wer in Europa aber die NATO als Militärbündnis funktionsfähig erhalten will, müßte dann schon dem ungeliebten Drängen Washingtons nach neuen Missionen „out-of-area“ folgen. Aus Sicht der USA könnte die NATO als Interventionsbündnis gegenüber regionalen Bedrohungen an ihrer Südflanke eine neue Funktion finden, die ein stärkeres Engagement Washingtons lohnt. Diese strategische Neuorientierung aber ist höchst umstritten. Mit Option 1 hätten die USA ein starkes Druckmittel für diese Neudefinition der NATO in der Hand.

#### *Option 2: Die EU als Beschleunigungsfaktor*

Bundesverteidigungsminister Volker Ruhe erklärte zum Jahreswechsel 1993/94, daß Deutschland „als Kernland der Europäischen Union gefordert (ist); wir müssen dazu beitragen, daß Europa militärisch handlungsfähig wird. Es ist absehbar, daß Europa leicht in die Lage kommen kann, Krisen und Konflikte auch eigenständig meistern zu müssen.“<sup>26</sup> Die schnelle Integration in die Europäische Union (EU) soll dabei jene mittel- und osteuropäischen Staaten wirtschaftlich stabilisieren und über die WEU<sup>27</sup> militärisch schützen, die in ihren Reformen für Demokratie und Marktwirtschaft am weitesten fortgeschritten sind. Beitrittskandidaten für die nächsten Jahre sind die vier Visegrád-Staaten. Auf längere Sicht steht dann jene Gruppe von Ländern vor der

<sup>24</sup> Ders., Interview, in: NW vom 17.1.94, S. 9.

<sup>25</sup> S. Nunn, A Clear Message to the Soviet Successors, IHT vom 28.12. 93.

<sup>26</sup> Dok. in: Bundespresseamt (Hg.), Bulletin Nr. 1/94, S. 5.

<sup>27</sup> Die Westeuropäische Union (WEU) vereinigt die europäischen Mitglieder der NATO incl. Frankreich. Sie soll nach dem Vertrag von Maastricht zum verteidigungspolitischen Arm der EU werden, ist organisatorisch und vertragsrechtlich jedoch der NATO untergeordnet. Art. 5 WEU-Vertrag enthält eine „automatische Beistandsklausel“.

Tür, in denen der Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft gerade erst begonnen hat: Slowenien, Kroatien, Bulgarien, Rumänien und das Baltikum.

Die EU gerät damit nach dem Streit um Maastricht in neue Zerreißproben. Sie wird sich erstmals in einem schwierigen außenpolitischen Abstimmungsprozeß zu bewähren haben, den sie zur Zeit alleine dadurch vermeidet, daß sie mit der NATO gemäß Option 1 versucht, „dem Osten die kalte Schulter zu zeigen“.<sup>28</sup> Für die Stabilisierung Osteuropas als Teil der EU wäre nämlich eine grundlegende Neustrukturierung des Gemeinschaftshaushalts notwendig, indem massive Umschichtungen von den Süd- und Agrarsubventionen hin zum Aufbau der mittel- und osteuropäischen Staaten erforderlich wären. Schließlich wäre Deutschland, gelegen am Rand der Krisen und in Europa mit über 50 Prozent an Wirtschaftsaufbau und Handelsaustausch mit diesen Staaten beteiligt, der potente Makler und Nutznießer dieses Prozesses. Für die EU als Wirtschaftsgemeinschaft bedeutet die etwa von der CDU mit einer „Potsdamer Erklärung“ offiziell erhobene Forderung nach stärkerer Integration der Visegräd-Staaten echtes Dynamit.

Über eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Visegräd-Staaten würde die EU erstmals gewaltige Integrationsfortschritte in ihrer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen. Bislang blieben die „Vereinigten Staaten von Europa“ als machtpolitisches Gewicht im Weltgeschehen stets ein Traum und die Quelle ständiger Enttäuschung. Angesichts des osteuropäischen Pochens an die Tür der EU wächst allerdings der Problemdruck in jenem Maße an, wie Rußland neoimperiale Bestrebungen entwickeln könnte und Amerika dabei nonchalant zusehen würde. England und Frankreich könnten dann erstmals dem deutschen und osteuropäischen Drängen folgen.

Eine EU, die im schlimmsten Fall unter dieser Kiste voll Dynamit in eine westeuropäische Freihandelszone versprengt würde, ließe schließlich die wachsende Bedeutung Deutschlands nur noch weiter ansteigen. Bonn/Berlin würde hierdurch zur unwiderruflich ersten Adresse der osteuropäischen Staaten. Die historische Chance, Deutschland politisch umfassend in die EG einzubinden, wäre vertan. Es gilt das gleiche wie für die Option 1: „Kann es weise sein, zwei Kategorien von Grenzen zu schaffen — solche, welche die NATO schützt, und andere, deren Schutz abgelehnt wird -, wenn beide Grenzen in dieselbe Richtung weisen? Die praktische Konsequenz wird es sein, ein ungeschütztes Niemandsland zwischen Deutschland und Rußland hervorzu- bringen, was historisch die Ursache von allen europäischen Konflikten der Gegenwart gewesen ist.“<sup>29</sup> Der polnische Außenminister Andrzej Olechowski sprach von der Gefahr, daß Polen in eine „Grauzone“ der europäischen Sicherheit fiele: „Ein solches Territorium wird zum Bereich von Zwietracht und Verschwörungen der mächtigen Nachbarn mit gesamteuropäischen und globalen Bestrebungen.“<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> So T. BuerHe, EU joints NATO m Cold-Shouldering the East, IHT 3. 2. 94.

<sup>29</sup> Kissinger, Europa.

<sup>30</sup> A. Olechowski, Interview mit dem polnischen Rundfunk, 18.12. 93. Dok. in: FHS-A Nr. 242/93, S. 16.

Nichts fürchten Paris und London aber mehr als diese Entwicklung, so daß sie bei einem Abdriften Rußlands gewillt sein könnten, durch eine sicherheitspolitische Einbindung der Visegrád-Staaten in die EU die „Partnerschaft für den Frieden“ an Washington vorbei zu einer schnellen Realität werden zu lassen. Es würde sich mit der Option 2 ein westlicher Defensivblock herausbilden, falls der russische Imperialismus nach neuen Abenteuern dürstet. Deutschland wäre Amerikas Partner Nr. 1 in Europa. Ein neuer Kalter Krieg hätte begonnen, falls Rußland sich nicht der Übermacht des Westens beugen würde.

*Option 3: Die andere Partnerschaft für den Frieden*

Amerikas Falken haben in den letzten Jahrzehnten viele Schlachten geschlagen, am Reißbrett ebenso wie im Dschungel und auf Wüstensand. Die Vorstellung einer „strategischen Partnerschaft“ mit Rußland erscheint ihnen als eine kurzlebige Naivität. Sie sehen die Visegrád-Staaten durch die Option 1 brüskiert: „Die Partnerschaft lädt alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion und alle früheren osteuropäischen Satelliten Moskaus dazu ein, sich mit der NATO an einer vagen, multilateralen Einheit zu beteiligen. Diese ist auf Missionen spezialisiert, die beinahe nichts mit den realistischen militärischen Aufgaben zu tun haben. Sie setzt die Opfer des sowjetischen und russischen Imperialismus gleich mit dessen Vollziehern und gibt den zentralasiatischen Republiken an den Grenzen Afghanistans den gleichen Status, wie sie ihn Polen gibt, dem Opfer von vier Teilungen, an denen Rußland teilnahm, und das Durchmarschgebiet, durch das Rußland geschichtlich nach Europa einmarschiert ist.“<sup>31</sup>

Die Clinton-Administration streckt ihrem strategischen Partner Rußland mit der Option 1 die Hand aus. Daran konnte der NATO-Rat im Januar 1994 nichts ändern. „Sollte sich Rußland von diesem neuen Pfad abwenden, können wir unser Herangehen an die transatlantische Sicherheit und die strategischen Prioritäten der NATO neu bewerten“, hatte Außenminister Christopher im Vorfeld des NATO-Gipfels allerdings erklärt.<sup>32</sup> Das Programm hat ein zweites Gesicht. Es schließt die Rückkehr zur Konfrontation nicht aus, unterläßt zunächst nur alle entsprechenden Vorbereitungen.

Die andere Partnerschaft für den Frieden würde Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei unter den Schutz der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa stellen. Dies ließe sich in einer Form bewerkstelligen, die eine entsprechende Drohung an Moskau beinhaltet, ohne sie offen auszusprechen oder den militärischen Apparat der NATO nach Osten auszudehnen. Eine solche Form „sanfter“ Ausdehnung der NATO würde z. B. mit dem WEU-Beitritt der Visegrád-Staaten gemäß Option 2 erfolgen. Von einer „Einkreisung“ Rußlands könnte allenfalls bei einer Ostverschiebung transatlantischer Truppen die Rede sein. Eine solche Konsequenz hat bislang niemand gefordert. Option 3 bleibt damit zunächst defensiv strukturiert. Es

<sup>31</sup> Kissinger, Europe.

<sup>32</sup> W. Christopher, A Partnership for Peace Open to Former Warsaw Pact Members, IHT vom 10.1.94.

wäre eine Erweiterung des organisierten „Westens“, unter Festschreibung seiner neuen Grenzen.

„Wenn wir aber selektiv Länder aus dieser Region zulassen, wecken wir damit nicht den Eindruck, daß diese nicht der NATO angehörenden Länder Teil der russischen Einflußsphäre sind“, hat der belgische Außenminister Willy Claes voller Skepsis gefragt.<sup>33</sup> Die eigentlichen Verlierer der Option 3 wären die früheren Republiken der Sowjetunion, deren Integration in den Westen eine offene Provokation darstellen würde. In allen diesen Republiken leben russische Minderheiten, niemand will sie vor dem russischen Mutterland in den Westen integrieren. Lord Denis Healey, ehemaliger britischer Verteidigungsminister der Labour-Party, hat in diesem Sinne das Baltikum zur traditionellen Einflußsphäre Rußlands erklärt, um anzufügen: „Die Wiederbesetzung der baltischen Staaten ist eine völlig andere Sache als ein Angriff auf Polen.“<sup>34</sup>

Auf dem Boden der Ukraine betrachtet Rußland die Krim seit ihrer Annektion unter Katharina der Großen im 18. Jahrhundert als eine Art Halbkolonie. 70 Prozent der Bevölkerung sind Russen, im Flottenstützpunkt Sewastopol sogar 80 Prozent.<sup>35</sup> Mit dem Präsidentschaftswahlsieg des russischen Nationalisten Jurij Meschkow droht die langsame Abspaltung der Krim von der Ukraine. Kiew wird sich trotz seines beträchtlichen Militärpotentials russischen Wünschen kaum verweigern, was schon aus der völligen Rohstoffabhängigkeit von Rußland, der tiefen Wirtschaftskrise und internationaler Isolation folgt.

Eine Ausdehnung der NATO an der Südflanke wird aus einer Reihe von Gründen ohnehin nicht in Betracht gezogen. Rumänien, Bulgarien, die Kaukasus-Region und die zentralasiatischen Republiken liegen im außenpolitischen Niemandsland des Westens. Man spendet etwas Geld, internimmt gelegentlich Freundschaftsbesuche, verharret in Wahrheit voller Mißtrauen. In dieser brodelnden Krisenregion sind Wiederholungen des jugoslawischen Dramas durchaus möglich, da in diesen Ländern lebende ethnische Minderheiten wie die Ungarn schnell den Anschluß an das Mutterland propagieren könnten.

Washington will die NATO-Präsenz in dieser Region stärken, aber ausschließlich im Rahmen der bestehenden Mitgliedstaaten, vor allem der Türkei. Von dort ließe sich schnell und entschlossen intervenieren, wenn westliche Interessen im Nahen und Mittleren Osten, in Südosteuropa oder in dem sich ausdehnenden türkischen Einflußgebiet angegriffen werden. Die Option 3 ist hochselektiv und bricht mit dem Versuch einer kollektiven Sicherheit für Europa. Sie ist die Drohung mit einem neuen Kalten Krieg.

Alle drei Wege sind heute noch offen. Welcher eingeschlagen wird, hegt nicht am Westen allein.

---

<sup>33</sup> W. Claes, Interview in: Die Presse vom 29.10. 93.

<sup>34</sup> BBC-Radiointerview vom 9.1.94, FHS-A Nr. 6/94, S. 15.

<sup>35</sup> E. Calsbuig, La Crimée, péninsule de toutes les discordes, in: Le Monde Diplomatique Nr. 478. Jan vier 1994, S.S.